



Newsletter Februar 2018

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Editorial & Grußwort

3

Kurznachrichten

4

Von Marc Reismann

**Sebastián Piñera erneut zum
Präsidenten Chiles gewählt**

6

Von Christian Engels

**Zuständigkeiten der inneren
Sicherheit Rio de Janeiros an
Militär übertragen**

12

Von Robin Werbeck

**Präsidentschaftswahlen in
Honduras – Die politische Krise
hält weiter an**

13

Von Monique Schumacher

**Proteste gegen erneute
Kandidatur von Evo Morales in
Bolivien**

16

Von Abeer Elyassir

**Venezuela führt staatliche
Kryptowährung ein**

18

Von Jan Platz

Inhalt

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

einen Bericht über den erneuten Wahlsieg des Staatspräsidenten Chiles, Sebastián Piñera, finden Sie ab Seite 6. Informationen zu aktuellen Geschehnissen bezüglich der Sicherheitslage Rio de Janeiros können Sie ab Seite 12 erfahren. In Honduras herrscht derzeit eine politische Krise. Hintergründe zu den Protesten finden Sie ab Seite 13. Evo Morales kandidiert in Bolivien erneut als Präsident und spaltet damit die Meinung der Bevölkerung. Ab Seite 16 informieren wir Sie über die aktuellen Proteste in Bolivien. Ab Seite 18 finden Sie einen Bericht über die Einführung einer staatlichen Kryptowährung in Venezuela, dem Petro.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

**Herzlichst,
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

Kurznachrichten

Von Marc Reismann

Staatsverschuldung in Argentinien steigt stark an

Buenos Aires. Die Neuverschuldung des Landes seit Dezember 2016 beträgt 133 Milliarden US-Dollar. Demnach führt Argentinien die Liste der Länder mit höchster Neuverschuldung weltweit an. Die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten teilen sich zu 81 Prozent auf den Nationalstaat und zu neun Prozent auf die Provinzen und Unternehmen in privatem Besitz auf.

USA senkt Personal der US-Botschaft in Havanna auf ein Minimum

Washington/Havanna. Der neue Personalplan der US-Botschaft reduziert die Anzahl an Diplomaten in ihrer Botschaft in Kuba auf 18 Personen. Die US-Regierung reagiert mit dieser Maßnahme offiziell auf die jüngst festgestellten gesundheitlichen Probleme von 21 Mitarbeitern der Botschaft, deren Gründe bisweilen ungeklärt sind. Eine Reduktion der Kapazitäten der Botschaft habe direkte Auswirkungen auf die Arbeit der Geheimdienste in Havanna, mit der Folge, dass regulären Aufgaben einer diplomatischen Vertretung nicht mehr nachgegangen werden kann. Im Vorfeld hat die Gruppe aus 35 Diplomaten und Ehepartnern in einem Schreiben die Bitte geäußert, auf ihren Posten verbleiben zu können: „Wir sind uns der Risiken des Verbleibens auf den Posten bewusst. Und wir verstehen, dass es unbekannte Risiken geben kann. Wir bitten darum, uns die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, ob wir bleiben oder gehen.“

Abkommen über Freihandel zwischen EU und Mercosur

Asunción/Brüssel. Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sieht eine Einigung über ein Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem südamerikanischen Binnenmarkt Mercosur in den kommenden Wochen für sehr wahrscheinlich an. Seit 19 Jahren wird zwischen der EU und dem Freihandelsblock Mercosur über die Abschaffung von Handelshemmnissen wie Zöllen verhandelt. Nach der Suspendierung Venezuelas aus dem Bündnis im August 2017, aufgrund von Einschränkungen in Bereichen der Men-

schenrechte und Pressefreiheit, wurden die Verhandlungen neu aufgenommen. Gewerkschaftsbewegungen der EU und des Mercosur haben in einem gemeinsamen Schreiben an die Verhandlungsführer die geplante Liberalisierung des Handels zwischen beiden Blöcken deutlich abgelehnt. In dem Schreiben wird eine fehlende Fairness in dem Abkommen kritisiert und eine Benachteiligung weniger entwickelter Länder befürchtet. Demnach müsse das Freihandelsabkommen unterschiedliche Entwicklungsstände der Wirtschaft der Länder berücksichtigen und Schutz von Produktion und Arbeitnehmern garantieren.

Debatte über Recht auf Abtreibung in Argentinien

Buenos Aires. In Buenos Aires haben in den vergangenen Tagen tausende Frauen für ein Recht auf legale Schwangerschaftsabbrüche vor dem Parlament demonstriert. Derzeit sind Abreibungen in Argentinien nur in Fällen von Vergewaltigung oder Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Mutter erlaubt, was zur Folge hat, dass Ärzte einen Schwangerschaftsabbruch aus Sorge vor einer Strafverfolgung ablehnen. Schätzungsweise werden in Argentinien jährlich 500.000 illegale Abtreibungen durchgeführt. Abgeordnete mehrerer Parteien möchten einen Gesetzesentwurf vorlegen, der Abtreibungen bis zur 14. Woche erlaubt. Des Weiteren sollen legale Abbrüche einer Schwangerschaft zukünftig kostenlos sein. Die Regierungskoalition hat der Debatte zugestimmt. Der Entwurf soll am achten März, dem internationalen Frauentag, im Parlament vorgelegt werden.

Indigene in Mexiko beschwerten sich über Bau von Windpark

Unión Hidalgo, Mexiko. Im Jahr 2017 hat der französische Konzern Elctricité De France (EDF Group) den Bau eines Windparks in Nähe der Stadt Unión Hidalgo im südamerikanischen Bundesstaat Oaxaca begonnen. Die indigene Gemeinschaft der Zapoteken hat über das Bauvorhaben Beschwerde bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegt, da die Urbevölkerung ihre Rechte als Anwohner dieses Gebietes verletzt sieht. Im Vorfeld wurden, weder Informationen über das Bauprojekt, noch gemeinsame Gespräche mit der ansässigen Dorfgemeinschaft geführt. Dieses Vorgehen verletzt geltende OECD-Normen, die vorsehen, betroffene Gemeinden im Bereich der Bauplanung zu berücksichtigen.

Sebastián Piñera erneut zum Präsidenten Chiles gewählt

Von Christian Engels

Mit 54,57% und damit fast 10% Vorsprung auf den Mitbewerber Alejandro Guillier (45,43%) ist Sebastián Piñera am Sonntag den 17. Dezember 2017 erneut zum Präsidenten Chiles (Amtszeit bis 2022) gewählt worden. In seiner Siegesrede vor seinen Anhängern am Wahlabend versprach Piñera der Präsident der Arbeit, des Wechsels, des Fortschritts und vor allem der Mittelklasse sowie der Regionen zu sein. Die offizielle Amtsübergabe erfolgt traditionell am 11. März des kommenden Jahres.

Bestes Wahlergebnis seit 1993

Am Ende war der Wahlsieg Sebastián Piñeras, der sich in absoluten Zahlen von 2.416.054 votos im ersten auf 3.795.896 votos im zweiten und finalen Urnengang am Sonntag steigern konnte, überraschend deutlich. Sein Mitbewerber, Alejandro Guillier konnte zwar ebenfalls hinzugewinnen blieb aber hinter Piñera zurück: 1.496.560 votos in der ersten Runde; 3.160.225 votos in der zweiten Runde. Mehr noch: Auch im Vergleich zum 2009 erzielten Ergebnis von 3.591.182 votos konnte Piñera besser Abschneiden, was ihn in absoluten Zahlen zum Präsidenten mit dem besten Wahlergebnis seit Eduardo Frei Ruiz-Tagle (4.040.497 votos im Jahr 1993) macht. Die Wahlbeteiligung stieg nach Angaben der chilenischen Wahlbehörde Servel leicht von 46,70% auf 48,97% und liegt damit in etwa gleichauf mit der aus 2013: 49,3%.

Votos marcados und Chilezuela

Dieser so glänzende Wahlsieg schien zwischenzeitig jedoch fraglich. Leichtfertig hatte Piñera in einem Interview im Frühstücksfernsehen Gerüchte aus den sozialen Netzwerken aufgegriffen, denen zufolge etliche Wahlzettel der ersten Wahlrunde im Vorhinein zu Gunsten Guilliers markiert gewesen seien (votos marcados). Das Wahlergebnis wollte Piñera nach eigener Aussage

damit aber nicht in Frage gestellt wissen, worauf seine Aussage aber letztlich hinauslief, so zumindest die Auffassung der politischen Widersacher, die sich in einseitiger Ablehnung und heftige Kritik ergingen, etwa, dass Piñera die Institutionen der Republik schädigen wolle. Namentlich die Exkandidatin der Frente Amplio Beatriz Sanchez nutzte die Gelegenheit um zu erklären, dass sie nun persönlich für Guillier stimmen werde. Das Parteienbündnis selbst hatte sich einer klaren Wahlempfehlung enthalten und statt dessen eine Reihe von Forderungen formuliert unter denen sie bereit wäre Guillier zu unterstützen. Und neben der Wahlbehörde Servel sah sich dann auch die la Moneda zu der öffentlichen Stellungnahme veranlasst, dass keine Hinweise auf Wahlfälschung vorlägen. Dies wurde vom Lager Piñeras wiederum als verbotene Amtshilfe der Präsidentin Bachelet für Guillier kritisiert. In einer öffentlichen Stellungnahme noch am Abend desselben Tages sprach Piñera dann von einem Missverständnis. Gerettet hat ihn der Umstand, dass den Chilenen faux pas' solcher Art bereits aus der ersten Amtszeit Piñeras bekannt sind (piñericosas) und diese daher auch nicht wirklich ernst nehmen. Sie erscheinen insofern verzeilich, als dass Piñera im Ruf steht im Grunde genommen doch ein „guter Kerl“ zu sein.

Schwerwiegender war hingegen der Satz Alejandro Guilliers: “meterá la mano en los bolsillos a los millonarios”. Eine Aussage die so ähnlich bereits von Nicolás Maduro gebraucht worden war, womit es sich Guillier nicht nur mit den Empresarios verscherzte, sondern auch die Polemik von Chilezuela lostrat. Insgesamt ist diese Episode mehr als ein Symptom einer letzten Endes verfehlten rhetorischen wie programatischen Annäherung an die Forderungen von links, also der FA, zu werten. Auf einzelne Punkt eingehend, wie etwa der einer Asamblea Constituyente, versprach Guillier in Bezug auf die Kernthemen wie die Studienkredite CAE und v.a. das Rentensystem AFP – die Forderung nach dessen Abschaffung hat in den vergangenen Jahren tausende Demonstranten mobilisiert – „nur“ Reformen. In diesem Kontext wurden von Seiten der FA beinahe täglich immer neue Satzkonstruktionen erfunden, wie man gegen Piñera stimmen kann ohne gleichzeitig für Guillier zu stimmen.

Vereinigte Linke?

Die Annäherungsversuche nach links drückten sich auch personell aus. So rückte die schon fast vergessene Symbolfigur der Studentenproteste von 2011, Camila Vallejo (PC) ins comando von Alejandro Guillier auf. Gleichwohl hatte Karol Cariola, ebenfalls PC und Exprotagonistin der Studentenproteste, sich aus diesem zurück ziehen müssen, weil sie schon wieder zu „links“ war. Beiden gelang im Übrigen im November nicht nur die Wiederwahl ins Parlament, sondern sie konnten aufgrund ihres guten Abschneidens (Karol Cariola: 14,97%; Camila Vallejo: 13,65%) gemäß dem neuen Verhältniswahlrecht auch weniger erfolgreiche Kandidaten von der gleichen Liste „mitziehen“: Boris Barrera (1,29%) und Amaro Labra (1,83%). Eine Art letztes Aufgebot stellte schließlich die Wahlkampfhilfe durch den Expräsidenten Uruguays José Mujica dar. In seiner Rede bei der Abschlusswahlkampfveranstaltung auf dem Paseo Bulnes mit der La Moneda als Bühnenhintergrund, rief dieser die Linke allen Differenzen zum Trotz zur Einheit auf. Eine Einheit, die in diversen historischen Momenten der Geschichte so oft gefehlt habe.

Lange Schatten der Vergangenheit

Wer Chile betrachtet, tut dies in der Regel durch die Brille des 11. September 1973 und dessen zweifelsfrei bis heute reichenden Konsequenzen. Im Gegensatz zur ersten Amtszeit Michelle Bachelets, welche 2006 als erste und bisher einzige Präsidententin Chiles mit der Villa Grimaldi ein Folterzentrum der Diktatur – in dem sie selbst kurzfristig interniert gewesen war – besuchte, sowie 2010 das Museo de la Memoria y los Derechos Humanos eröffnete, legte Sebastián Piñera in seiner ersten Amtszeit keinen besonderen Schwerpunkt auf dieses Thema. Insbesondere im Kontext der Studentenproteste von 2011 wurde zu dem kritisiert, dass der Geschäftsmann Piñera sein Vermögen – Piñera gilt als einer der reichsten Männer Chiles – durch Investmentgeschäfte gemacht hat, also in einem Wirtschaftszweig, der erst aufgrund der neoliberalen Reformen der Chicago Boys in den 1970er entstanden ist. Nach dem Doktorstudium an der Harvard-Universität gründete Piñera 1977 so das erste Kreditkartentinstitut Chiles: Bancard S.A. Sein Bruder José Piñera Echenique ging noch einen Schritt weiter und entschied sich für die Zusammenarbeit mit Pinochet: Ministro de Minería de Chile (1980-

1981) und Ministro del Trabajo y Previsión Social de Chile (1978-1980). In seine Amtszeit fällt nicht zuletzt die Reform des Rentensystems, also die Gründung der heute so umstrittenen AFP. Um diese Hintergründe wissend wird heute erneut das Gespenst einer „roll-back“-Politik bzw. merkantilistischen und konservativen Restauration beworben.

Aber auch wenn Sebastián Piñera erneut mit Unterstützung der von der „coronela“ Jacqueline van Rysselberghe angeführten konservativen Unión Demócrata Independiente (UDI) regieren wird, so sind solche Auffassungen zu relativieren. Beim Plebiszit 1988 etwa stimmte Piñera mit „No“ und bei den Senatswahlen 1989 kandidierte er erfolgreich als jüngster und unabhängiger Senator für den Westteil Santiagos, um kurz darauf der rechts liberalen Renovación Nacional (RN) beizutreten, deren Präsident er von 2001-2004 war. In der politischen Biographie unterschlagen sollte man auch nicht das Piñeragate (1993). Ein Politskandal der darin bestand, dass der Presse ein illegaler Mitschnitt eines Telefongesprächs, in dem sich Piñera unvoreteilhaft über Evelyn Matthei äußerte, durch das Militär zugespielt wurde, mit dem offenkundigen Ziel den liberalen Piñera politisch zu demontieren. In seiner ersten Regierungszeit ist bezüglich des Themas Memoria auf die viel beachtete Rede Piñeras zum 40. Jahrestag des Golpe de Estado 2013 zu verweisen und des Weiteren auf den von ihm in die Memoria-Debatte eingeführten Begriff der „complices pasivos“. Was nun das „Firmenimperium“ Piñeras, zudem beispielsweise auch LAN-Chile gehört, betrifft, ist zum einem darauf hinzuweisen, dass er sich bereits 2009 aus dem Operativen Geschäft zurückzog und zum anderem, dass es niemanden wirklich überraschen kann, dass (Groß-) Unternehmer stets an der Grenze zur Legalität operieren. In diesem Zusammenhang sei die anekdotenhafte mehrwöchige Flucht Piñeras vor Polizei und Justiz nach der Pleite der Banco de Talca im Jahre 1982 nicht unerwähnt.

Bei aller Wichtigkeit, die man den Menschenrechtsverletzungen während der Dictadura civico-militar und der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ (Memoria) mit Nachdruck beimisst, gilt es nicht die Relevanz pragmatischer Themen zu vergessen und zu unterschätzen, welche die Chilenen im alltäglichen Leben betreffen. Dazu zählen u. a.: das Wirtschaftswachstum, die

Konsolidierung der Mittelschicht (clase media) oder das Schaffen neuer und besserer Jobs. Herausforderungen, zu deren Bewältigung Piñera gewählt wurde. Sensibilität ist für die Regierung Piñeras (II) dennoch geboten, denn bereits am Wahltag sorgte die provokante Anwesenheit des Ex-Präsidentschaftskandidaten und nunmehr Unterstützer Piñeras, José Antonio Kasts, als freiwilliger Wahlhelfer – um eventueller Wahlfälschung vorzubeugen – im Estadio Nacional für Tumult und Protest: „Aquí se mató, aquí se torturó“, wurde etwa gerufen. Um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die körperliche Unversehrtheit Kasts, der gerne und oft die positiven Errungenschaften des „Militär Regimes“ preist, sicherzustellen, musste dieser schließlich das Wahllokal unter Polizei- und Militärschutz verlassen.

Bachelet-Piñera-Bachelet-Piñera

Nachdem Michelle Bachelet 2010 die Banda presidencial Sebastián Piñera überreichte, um diese 2014 von ihm zurückzubekommen, ist es am 11. März 2018 somit wieder an ihr diese im Congreso Nacional in Valparaíso Piñera umzuhängen. Für Bachelet und die Nueva Mayoría, die ihren Wahlerfolg 2013 der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit ihrer damaligen Regierung verdankte, ist dies eine herbe Niederlage. War doch die Präsidentschaft Piñeras die erste demokratisch gewählte (centro) derecha Regierung seit 1958, als kurze politische Verwirrung der Wähler, als Intermezzo abgehakt und zuversichtlich auf 20 weitere Jahre Concertación-Regierung geblickt worden. Ein nüchternes Urteil fällt hingegen der chilenische Politologe Carlos Huneeus, der die Regierung Piñeras (I) im Gesamtresümee als „fünfte“ Regierung der Concertación bewertet, weil sie in Kontinuität dieser Politik stand und diese darüber hinaus von rechts legitimierte.

Gleichwohl außer Zweifel steht, dass Amtsinhaberin Bachelet lieber den „unabhängigen“ Guillier als Nachfolger gesehen hätte, der sich in der letzten Phase des Wahlkampfes dann doch als politischer Erbe, ja als Garanten von Bachelets ins Stocken geratenen Reformvorhaben (Steuer-, Bildungs- und Verfassungsreform sowie in Bezug auf „Gesellschaftliche Öffnung“ und einer „inkluisiven Gesellschaft“) präsentierte. Allein schon aus oben genannten Gründen wird es mit Piñera kaum zu einem dramatischen „Rückschritt“ oder „Rückfall“ kommen. Auch hat dieser seinerseits zentrale Reformvorha-

ben Bachelets in seinen Diskurs etabliert, zum Beispiel, dass die Verfassung einer Veränderung bedarf, wozu er 80 Änderungsvorschläge präsentierte. Im Wahlkampfendspurt überraschte er dann auch noch mit seinem Bekenntnis zur kostenlosen Bildung im Rahmen des möglichen (Educación gratuita). Und auch das Aushängeschild der Regierung Bachelets (II) die Unión Civil (übersetzbar mit: Eingetragene Partnerschaft) geht auf einen unter Piñera (I) begonnenen Gesetzgebungsprozess zurück. Abzuwarten bleibt ob und wie Piñera mit dem Thema Abtreibung, die von der Regierung Bachelet in drei Fällen legalisiert wurde (Ley de aborto en tres causales), umgehen wird, hat er doch wiederholt erklärt, das Leben vom Moment der Empfängnis an zu verteidigen.

Herausforderungen für die Zukunft

Neben der Banda presidencial wird Piñera von Bachelet auch die Problematik des von Bolivien geforderten souveränen Meereszugangs zurücküberreicht bekommen. Der internationale Gerichtshof in Den Haag wird voraussichtlich in etwa einem Jahr zu einem Urteil gelangen. Überparteilichkeit und Unnachgiebigkeit ist hier Staatsräson. Da die Prognosen für die weltwirtschaftliche Entwicklung gut sind wird aufgrund des Faktor-Kupfers auch für die chilenische Wirtschaft eine positive Entwicklung erwartet. Von Automatismus will Piñera jedoch nichts wissen, sondern sprach im Wahlkampf von der Mission aus Chile bis 2025 ein entwickeltes Land ohne Armut zu machen.

Andere offene Themen sind die Bewältigung der Vertrauenskrise in das politische System Chiles, eine Reform des Servicio Nacional de Menores (Sename), die sukzessive Neubesetzung von acht Richtern des chilenischen Verfassungsgerichts, die Krise in der Araucania und Änderungen in Bezug auf das Ley Antiterrorista oder etwa eine Verbesserung des Fern- und Nahverkehrs, etwa des Transantiago.

Da Piñeras Chile Vamos keine eigene Mehrheit im Parlament und Senat hat – von Verfassungsänderung ganz zu schweigen – wird er hier auf Verhandlungen und Kompromisse mit der Opposition setzen müssen. Am wenigsten wird es wohl zur Zusammenarbeit mit der Frente Amplio (FA) kommen, die

aufgrund ihrer Vernetzung mit den sozialen Bewegungen und unter Rückgriff auf alt bekannte Narrative eine neue Protestwelle hervorrufen könnte. Bessere Chancen hat Piñera in Bezug auf die Democracia Cristiana (DC), da der Fortbestand der Koalition der Nueva Mayoría äußerst fraglich ist und nicht zuletzt war Piñeras Vater José Piñera Carvallo Gründungsmitglied derselben.

Zuständigkeiten der inneren Sicherheit Rio de Janeiros an Militär übertragen

Von Robin Werbeck

Am 16.02.2018 unterstellte Brasiliens Präsident, Michael Temer, das Kommando über Rio de Janeiros Sicherheitsinstitutionen per Dekret an den Armeegeneral Walter Souza Braga Netto. Der Exekutiv-Initiative wurde eine Woche später vom Kongress in Brasilia zugestimmt. Sie ist damit auch legislativ abgesegnet und soll erst einmal bis Ende des Jahres gelten. Unter den dem Militär überantworteten staatlichen Akteuren gehören nicht nur die Streitkräfte für Ostbrasilien, sondern auch das Ministerium für Sicherheit, lokale Polizeieinheiten, die Feuerwehr und Gefängnisse.

Hauptargument: ausufernde Gewalt

Die rechtskonservative Regierung des Movimento Democrático Brasileiro (MDB) und auch der Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Luiz Fernando Pez (ebenfalls MDB), mit dem die Intervention abgestimmt wurde, begründen die Aktion mit der Sicherheitslage im Bundesstaat der Cidade Maravilhosa. Die Zahl der Morde ist laut offizieller Statistik seit 2016 um 26 Prozent gestiegen und liegt bei 40 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner. Zudem wurden über 230.000 Raubüberfälle registriert. Nach den massiven militärischen Eingriffen vor und während der Olympischen Sommerspiele 2016 und dem anschließenden Rückzug der Sicherheitskräfte, insbesondere aus den Favelas, kämpfen nun wieder Drogenbanden und das organisierte Verbrechen um die Kontrolle lokaler Viertel.

Großes Fragezeichen hinter Sinnhaftigkeit und parteipolitischer Motivation

Lokale Stakeholder wie Lokalabgeordnete und Bürgervertreter ziehen die angeblich positiven Effekte auf die Sicherheit des Bundesstaates in Zweifel. Sie befürchten genau das Gegenteil: noch mehr Gewalt insbesondere für sozial schwache Bevölkerungsgruppen. Sie fordern Programme, die die Sozialstrukturen in den Favelas langfristig und nachhaltig festigen und verbessern. Die Bewohner sehen sich auf jeden Fall massiv eingeschränkt in ihrem täglichen Leben. In den Medien kursieren Berichte von massenhaften Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte der lokalen Bevölkerung - insbesondere das indizienlose Kontrollieren und Fotografieren (samt Ausweisdokument) von Menschen, die sich auf der Straße bewegen. Brasiliens Opposition jedenfalls sieht hinter der Militärintervention politische Gründe und werfen Temer vor, mit den Maßnahmen die besorgte Mittel- und Oberschicht gewinnen zu wollen. 2018 ist Wahljahr in Brasilien.

Präsidentschaftswahlen in Honduras – Die politische Krise hält weiter an

Von Monique Schumacher

Nach den Präsidentschaftswahlen am 26. November 2017 reißen die Proteste in Honduras nicht ab. Tausende Menschen gehen seitdem immer wieder auf die Straße, um ihrem Unmut Ausdruck zu verschaffen. Auch auf internationaler Ebene wird vermehrt Kritik am Wahlgeschehen laut.

Auslöser waren gravierende Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentschaftswahl, bei der Amtsinhaber Juan Orlando Hernández von der nationalkonservativen Partei Partido Nacional (PN) gegen seinen linksgerichteten Herausforderer Salvador Nasralla angetreten war. Schon die Kandidatur Hernández' hatte eine Welle des Protests ausgelöst, da die honduranische Verfassung keine zweite Amtszeit eines bereits amtierenden Präsidenten vorsieht. In einem äußerst umstrittenen Urteil seitens des Obersten Ge-

richts war dieses Verbot jedoch aufgehoben worden. Obwohl Nasralla bei ersten Auszählungen zunächst in Führung lag, wurde am 17. Dezember vergangenen Jahres schließlich verkündet, dass Hernández die Wahl mit 42,95% der Stimmen gegenüber 41,24% für seinen Herausforderer für sich entscheiden konnte. Die enorme Dauer der Stimmenauszählung sowie vermeintliche Computerprobleme hatten dazu geführt, dass national wie international von Wahlbetrug die Rede war. Auch der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), Luis Almagro, hatte klare Zweifel am Wahlvorgang geäußert und schloss sich der Forderung der Opposition sowie breiter Bevölkerungsteile nach Neuwahlen an.

Nichtsdestotrotz erkannten die USA, die Hernández im Wahlkampf unterstützt hatten, das Ergebnis der honduranischen Präsidentschaftswahlen am 22. Dezember 2017 an, so dass Hernández am 27. Januar im Nationalstadion der Hauptstadt Tegucigalpa unter strengen Sicherheitsvorkehrungen vereidigt wurde. Im Rahmen der Amtseinführung versprach dieser, sich um einen Versöhnungsprozess zu bemühen und eine Vereinigung seines gespaltenen Landes anzustreben. Das Bild, das sich auf den Straßen bot, war jedoch ein anderes. So wurden tausende Demonstranten unter Einsatz von Tränengas von den Sicherheitskräften abgewehrt.

Menschenrechtsorganisationen zufolge sind seit dem vergangenen November im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen über 40 Menschen ermordet, 200 verletzt und 1.000 inhaftiert worden. Die Gewalt von Militär und Polizei spielt hier eine zentrale Rolle. Auch von degradierender Behandlung, ohne vorliegende Durchsuchungs- oder Haftbefehle durchgeführten Razzien und Folter seitens der Sicherheitskräfte ist immer wieder die Rede. Obwohl fortwährend die Forderung laut wurde, nicht länger mit Schusswaffen gegen die Demonstranten vorzugehen, wird weiterhin auf Protestierende geschossen. Nichtregierungsorganisationen sehen in diesen repressiven Maßnahmen eine klare Verletzung der Menschenrechte.

Trotz allem gehen die Menschen nach wie vor auf die Straße. Nach den Demonstrationen während der Amtseinführung Hernández' und einer vom 20. bis 27. Januar andauernden Protestwoche kam es auch im Februar im-

mer wieder zu Protesten im ganzen Land. So blockierten Anfang des Monats Demonstranten eine Schnellstraße nahe San Pedro Sula, der zweitgrößten Stadt in Honduras. Der Einsatz der Militärpolizei forderte hier erneut ein Todesopfer. Auch in Tegucigalpa protestierten Tausende gegen die Amtseinführung Hernández', darunter Nasralla selbst sowie der linksgerichtete Ex-Präsident Manuel Zelaya, der 2009 in einem Putsch unter Beteiligung der USA aus dem Amt enthoben wurde. Zelaya befürchtete, dass Honduras einem „Volksaufstand“ nahe sei, die Oppositionsallianz aber alles dafür zu tun bereit sei, dass „der Wille des Volkes durchgesetzt“ werde. Nasralla äußerte in diesem Zusammenhang, dass die Proteste im Land nicht enden würden, ehe Hernández entmachtet sei.

Während sich auf internationaler Ebene lange eine eher abwartende Haltung zu den gegenwärtigen Geschehnissen in Honduras abzeichnete, sprach sich die EU schließlich für die Forderungen der Opposition nach einer erneuten Auszählung der zweifelhaften Wahlkreise aus, was von der OEA kurze Zeit später unterstützt wurde. Auch die UN machte sich für eine Lockerung der aktuellen Krise in dem mittelamerikanischen Land stark und entsandte am 7. Februar ein Expertenteam nach Honduras, um im nationalen Dialog zu vermitteln. Nasralla und seine Befürworter lehnten die Mission jedoch strikt ab und warfen den Vereinten Nationen Parteilichkeit vor, nachdem UN-Generalsekretär Antonio Guterres Präsident Hernández zum Antritt seiner zweiten Amtszeit gratuliert hatte. Auch Zelaya zeigte sich kritisch zu dem Eingreifen der UN und äußerte starke Zweifel daran, dass ein solches Vorgehen erfolgsversprechend sein könne.

Selbst wenn es Nasralla doch noch gelingen sollte, seine Forderung nach Neuwahlen durchzusetzen und Präsident zu werden, bleibt fraglich, ob er seine geplanten umfassenden Reformen auch wirklich umsetzen könnte. Schließlich wurde am 27. November 2017 nicht nur ein neuer Staatspräsident, sondern auch ein neues Parlament gewählt, welches sich vermutlich aus einer soliden Mehrheit des konservativen PN zusammensetzen wird. In Anbetracht dieser Sitzverteilung würde es sich für Nasralla als äußerst schwierig herausstellen, seinen Regierungsplan auch wirklich in die Tat umsetzen zu können.

Ein Großteil der honduranischen Bevölkerung sieht sich unter der Politik des Partido Nacional seit dem Militärputsch im Jahr 2009 mit einer äußerst prekären Lebenssituation konfrontiert. 60% der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Perspektivlosigkeit und Gewalt bestimmen den Alltag vieler, so dass bereits Zehntausende die Flucht in die USA als einzigen Ausweg sahen. Eine Besserung der Lage erscheint in Anbetracht der fortwährenden Proteste und dem gewaltsamen Vorgehen von Militär- und Polizei eher unwahrscheinlich.

Proteste gegen erneute Kandidatur von Evo Morales in Bolivien

Von Abeer Elyassir

In Bolivien kam es am 21. Februar zu landesweiten Protesten von Gegnern und Anhängern des Präsidenten Evo Morales. Anlass für die Proteste, war der zweite Jahrestag des Referendums vom 21. Februar 2016, in welchem sich das bolivianische Volk mit einer knappen Mehrheit gegen die Ermöglichung einer erneuten Kandidatur für den seit 2006 amtierenden Staatsherrn entschied. Eine abermalige Kandidatur des seit 12 Jahren regierenden Präsidenten, wäre laut der bolivianischen Verfassung unzulässig. Dennoch hatte die sozialistische Regierungspartei MAS (Movimiento al Socialismo) bereits in den Jahren 2010 und 2014 die Wiederwahl von Morales auf ähnliche Weise durchsetzen können. Der 58-jährige Morales konnte somit bereits drei Legislaturperioden lang regieren und ist somit der historisch am längsten regierende Präsident seit der Unabhängigkeit der bolivianischen Republik.

Ein Staatsstreich gegen die Demokratie?

Das Verfassungsgericht in La Paz legitimierte im letzten Jahr erneut, entgegen der Regeln der bolivianischen Verfassung und trotz des negativen Ergebnisses der Volksabstimmung, eine neuerliche Kandidatur des Präsidenten bei den Wahlen 2019. Oppositionsführer Samuel Doria Medina von der konservativen Partei UN (Nationale Einheit) bezeichnete dies zum Zeitpunkt des Urteils gegen Ende des letzten Jahres als „einen Staatsstreich gegen die Demokratie“, da man die Stimme des Volkes mit der Entscheidung missach-

tet habe. Guido Mitma, der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes COB führte darüber hinaus an, dass es sich „um ein besorgniserregendes Urteil handle, weil das Verfassungsgericht die Verfassung des Staates nicht respektiere“. Die Begründung des obersten Verfassungsgerichts stützt sich jedoch auf Artikel 256 der aktuellen Verfassung, welche die Menschenrechtskonvention über nationales Recht stelle, sofern sie letzteres begünstige. In diesem Fall sei die Menschenrechtskonvention in Bezug auf die politischen Rechte des Kandidaten zu betrachten und erhalte daher Vorrang. Bolivien habe dieses Menschenrecht mit der Unterzeichnung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1969 anerkannt. Mit der Verfassungsklage der MAS beim Verfassungsgericht und dem ausgesprochenen Urteil dürfen sich nun auch Gouverneure, Bürgermeister, Abgeordnete und Senatoren wiederwählen lassen.

„Der Tag, an dem die Lüge gewann“ ?

Aus eigener Sicht hingegen, habe Morales das Referendum ausschließlich aufgrund von unfairen Wahlbedingungen verloren. Kurz vor dem Tag der Volksabstimmung habe man versucht sein öffentliches Ansehen zu schädigen, indem man Berichte darüber veröffentlichte, dass er einen unehelichen Sohn namens Ernesto Fidel mit einer Ex-Geliebten gezeugt habe. Dieser sei jedoch nie in der Öffentlichkeit gesehen worden und die Frau wurde zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt. Evo Morales bezeichnete den Tag des Referendums als den „Tag, an dem die Lüge gewann“. Die Opposition wirft dem Präsidenten jedoch einen autoritären Kurs vor.

Einsatz von Tränengas in Santa Cruz

Die Proteste verliefen landesweit weitestgehend friedlich, jedoch musste die Polizei in Santa Cruz laut Medienberichten Tränengas einsetzen, um die Straßenblockaden der Demonstranten aufzulösen. Auch in anderen Städten kam es zum gewaltsamen Einschreiten von Seiten der Polizei. Die Gegner von Morales hatten zu den landesweiten Protesten aufgerufen, in denen sie forderten, dass das Ergebnis der demokratischen Volksabstimmung anerkannt werden solle. Die Unterstützer von Morales antworteten daraufhin mit Gegendemonstrationen. Die MAS entgegnete den oppositionellen Demonstranten die öffentliche Ankündigung einer erneuten Kandidatur von Evo Morales.

Venezuela führt staatliche Kryptowährung ein

Von Jan Platz

Ist der „Petro“ der neue Superman unter den Digitalen Währungen?

„Heute wurde ein glücklicher Junge geboren, der Petro, eine Kryptowährung die es mit Superman aufnehmen kann“, erklärte Staatschef Maduro stolz im Präsidentenpalast Miraflores in Anspielung auf den US-Comichelden und den starken US-Dollar.

Venezuela hat somit als erstes Land der Welt eine staatliche Kryptowährung eingeführt, dessen Vorverkauf bereits umgerechnet 735 Millionen US-Dollar eingespielt haben soll. Der Petro soll mit landeseigenen Ressourcen, wie vor allem Erdöl aber auch Gold und Diamanten abgedeckt werden. Diese Abdeckung mit natürlichen Reserven des Landes soll der noch jungen Währung Stabilität verleihen, die ausländische Investoren zum Kauf des Petros ermutigen soll. Noch vor Kanada und Saudi-Arabien verfügt Venezuela über die größten Erdölreserven weltweit mit geschätzten 300,9 Milliarden Barrel Öl. Steckt aber trotz dessen in einer desolaten wirtschaftlichen Situation.

Doch Vorsicht vor überschwänglichen Erwartungen, erklärt die internationale Finanzpresse. Die Venezolaner sind leere Versprechen von ihrem Staatschef gewohnt und das politische Vertrauen der Bevölkerung bleibt sehr vage in Anbetracht von kürzlich niedergeschlagenen Millionenprotesten auf Venezuelas Straßen, sowie der weitestgehenden Entmachtung des Parlaments.

100 Millionen US-Dollar möchte die venezolanische Regierung für ihre neue Kryptowährung ausgeben trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes. Dabei soll der Wert das Petro in etwa dem Barrel Preis entsprechen, rund 60 US-Dollar. Nach Schätzungen der venezolanischen Regierung könnte der Staat somit rund sechs Milliarden US-Dollar akkumulieren. Eine Finanzspritze, welche das Land dringend benötigt. Doch wie realistisch diese horrenden Erwartungen sind, ist derzeit noch nicht abzusehen. Internationale.

Expertengremien für Kryptowährungen vermehrt aus engen Handelspartnerländern, wie China und Russland arbeiten momentan an den tech-

nischen Voraussetzungen für den Petro. Dabei nutzen sie die bereits existierende Blockchaintechnologie der Ethereum-Plattform für digitalen Zahlungsaustausch.

Wer potenzielle Investoren sind, hält die venezolanische Regierung bislang unter Verschluss. Es ist nicht bekannt welche Institutionen sich für den Kauf des Petros interessieren könnten. Doch längst liegt nahe das sich global diverse Interessentengruppen bilden. Angebliche Interessenten sind enge Handelspartner, wie China, Russland oder die Türkei. Aber auch US-amerikanische, sowie europäische Investoren zeigen Interesse.

Die zweite Ausgabephase des Petro ist für den 20. März angesetzt. In dieser Phase soll die venezolanische Bevölkerung ermutigt werden in die neue Kryptowährung zu investieren, auch um in die neue Währung Vertrauen zu gewinnen. Maduro kündigte an, dass in kurzer Zeit fast alle staatlichen Dienstleistungen mit dem Petro zu bezahlen sind. Seien es Steuern, Gebühren oder Strafzahlungen. Zu erwägen ist zudem, ob Beamte der venezolanischen Regierung in Petros ausgezahlt werden sollen, was zunächst von Vorteil wäre, da der Staat über einen zu geringen Finanzhaushalt verfügt um seine Beamten adäquat zu bezahlen. Dies ist wiederum die größte Hürde der neuen Kryptowährung. Scheitert das von Maduro groß angelegte Projekt, so können Gehälter nicht bezahlt werden und Venezuela könnte in eine nie da gewesene Wirtschaftskrise fallen. Dies gefährdet somit nicht nur die venezolanische Bevölkerung, sondern gleichzeitig das ohnehin schon fragile Amt des Staatschefs Maduro.

Doch im Angesicht der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Venezuelas scheint jedes Mittel Recht. Das Vertrauen in die Landeswährung, den Bolivar, fällt, denn die jährliche Inflationsrate des Jahres 2016 lag bei 254,39% und im Jahr 2017 lag sie schon bei 652,67%. Prognosen gehen davon aus, dass die Inflationsrate 2018 noch einmal drastisch ansteigt. Die Regierung selbst veröffentlicht nun seit mehreren Jahren keine Zahlen mehr zur Inflationsrate, denn aufgrund des Ölpreisverfalls in Venezuela steckt das Land in einer tiefen Rezession und mindert somit die Einnahmen des Staates. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds sank die Wirtschaftskraft des Landes um 12% im Jahr 2017.

Kryptowährungen liegen nicht nur im Trend, sie versprechen auch eine schnelle Finanzspritze für das von Krisen gebeuteltem Land. Jedoch bleibt der Petro nicht die einzige Blockchaintechnologie, die zur Alternative zu

gängigen Zahlungsarten steht. Die wohl bekannteste Kryptowährung „Bitcoin“ ist bereits besser etabliert und wird in Venezuela bereits als Alternativwährung zum Bolivar verwendet. Venezolaner nutzen diese bereits bei alltäglichen Zahlungsabwicklungen. Doch die stabilste aller Währungen bleibt der US-Dollar und aufgrund der US-amerikanischen Sanktionen gegenüber Venezuela ist der Devisenaustausch beider Länder eingeschränkt. Somit bleibt die Flucht in die digitalen Währungen.

Der Hauptgrund für die Einführung einer Kryptowährung in Venezuela ist jedoch die unzureichende Akkumulation von Devisen. Großinvestoren sollen für die Kryptowährung mit ausländischen harten Währungen zahlen, um somit die Devisenkasse Venezuelas aufzubessern. Das Land, welches grundsätzlich reich an Bodenschätzen ist, befindet sich in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Regierung steht vor massiven Problemen, wie Hyperinflation, US-Sanktionen sowie der Rückzahlung von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Zudem sinkt die Erdölförderung Venezuelas drastisch, auch aufgrund mangelnder Investitionen in die Infrastruktur. All das schadet der Wirtschaft, sowie dem Vertrauen in die venezolanische Regierung, mitsamt ihrem Staatschef Maduro.

Insofern bleibt offen, ob die noch junge Kryptowährung Petro es wie versprochen „mit Superman aufnehmen kann“ oder ob es sich als ein weiterer Tiefschlag für die venezolanische Regierung und vor allem für die venezolanische Bevölkerung entpuppt.